

Parteien ziehen sie die Alleinvertretungsmaßnahme vor, welche alle Wege der Normalisierung der Beziehungen blockiert. Anstelle einer konsequenten Friedenspolitik, die die übergroße Mehrheit der westdeutschen Sozialdemokraten wünscht, sind die sozialdemokratischen Minister in der Regierung Kiesinger/Strauß bemüht, durch Nichtanerkennung der Grenzen die Geschäfte der Revanchepolitiker und westdeutschen Militaristen zu besorgen, einem Atomwaffensperrvertrag Hindernisse in den Weg zu legen und jeder ernsthaften Abrüstungsvereinbarung Widerstand entgegenzusetzen.

Völlig unverständlich ist es mir, wie irgend jemand in der sozialdemokratischen Parteiführung annehmen kann, solche Politik der sozialdemokratischen Minister, die dazu auch noch die verbrecherische USA-Aggression in Vietnam unterstützen, könnte bei irgendwelchen Bürgern der DDR Sympathien wecken. Mit einer solchen Politik gegen das eigene Volk in Westdeutschland, gegen Frieden, Demokratie und Freiheit Sympathien erwerben zu wollen, ist doch völlig hoffnungslos. Selbst die Mehrheit der Bürger Westdeutschlands versteht und wünscht solche Politik nicht. Das sollte doch auch die sozialdemokratische Parteiführung begreifen.

Wir sagen den westdeutschen Sozialdemokraten offen: Wenn sie sich nicht rechtzeitig von dieser durch und durch reaktionären Politik des Kabinetts Kiesinger/Strauß/Brandt/Wehner trennen, dann wird die Sozialdemokratische Partei früher oder später zwischen den Mühlsteinen der Volksinteressen einerseits und der Profit- und Expansionsinteressen des Finanzkapitals andererseits zermahlen werden.

Das, was sich die sozialdemokratischen Minister in der CDU/CSU-Regierung an antigewerkschaftlicher Politik leisten, übersteigt in der Tat alles, was jemals die Führung der Sozialdemokratischen Partei diesbezüglich getan hat. Schauen Sie nach London, verehrte sozialdemokratische Genossen in Westdeutschland! Dort hat die Labour Party bei der Politik der Labour-Regierung, die ebenfalls mit beflissenem Eifer die Geschäfte der englischen Monopole besorgt, schwer draufzahlen müssen und eine katastrophale Wahlniederlage in London erlitten. Ähnliche Erfahrungen haben die sozialdemokratischen Parteien in Österreich, in Norwegen und in Belgien machen müssen. Kein Volk verzeiht den sozialdemokratischen Parteien die Unterstützung der Interessen des Monopolkapitals. Der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei wird es nicht anders ergehen, wenn sie sich nicht aus der selbstgewollten Hörigkeit und aus der Dienstbarkeit der CDU/CSU löst.